

Basel-Stadt gilt bezüglich Gewaltdelikten im schweizweiten Vergleich als kriminellster Kanton (Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Jahresbericht 2021 der polizeilich registrierten Straftaten). Für eine Verbesserung der Situation sehr entscheidend ist die Polizeipräsenz im Kanton Basel-Stadt. Um diese halten zu können, ist es wichtig, den Polizeiberuf im Kanton Basel-Stadt attraktiv zu gestalten. Dabei muss eine höhere Wertschätzung unserer Gesellschaft den Sicherheitsbehörden gegenüber erfolgen und diese müssen fair entschädigt werden.

Wie bereits im Rechenschaftsbericht und Bericht zum Jahresbericht 2021 des Regierungsrats der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt festgehalten, besteht ein Unterbestand an Polizistinnen und Polizisten im Kanton. Demnach könnten mehr Polizistinnen und Polizisten angestellt werden, als derzeit beschäftigt sind. Zudem fällt auf, dass von den 911,9 Stellen nur 69% «richtige Polizisten» sind, also solche, die eine polizeiliche Grundausbildung absolviert haben.

Ein Unterbestand an Polizistinnen und Polizisten führt dazu, dass zunehmend Mehreinsätze geleistet werden müssen. So habe gemäss GPK ein Grossteil der Polizistinnen und Polizisten an der Front - auch aufgrund von Demonstrationen und Fussballspielen - pro Jahr nur noch 8 bis 25 der 52 Wochenenden frei, was den Beruf unattraktiv macht. Zudem scheint die Entlohnung im Vergleich mit anderen Kantonen nicht konkurrenzfähig. Andere Kantone haben somit ein einfaches Spiel, gut und aufwendig ausgebildetes Personal aus dem Kanton Basel-Stadt abzuwerben.

Um die Sicherheit zu erhöhen und die Kriminalität einzudämmen, braucht es jedoch unbedingt ein vollbesetztes Polizeikorps und eine gut bestückte Staatsanwaltschaft. Zur Erreichung dieses Ziels müssen attraktive Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Leider scheint es so, dass der Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber derzeit nicht mehr konkurrenzfähig ist. So fällt es der Kantonspolizei Basel-Stadt schwer, gute Mitarbeitende zu rekrutieren und diese dann auch zu halten. Sowohl die Kriminalpolizei (Kripo) als auch die weiteren Abteilungen der Staatsanwaltschaft haben grosse Mühe, ihre Stellen mit geeignetem Personal zu besetzen. Verschärfend wirkt sich gemäss GPK die Arbeitsmarktlage aus, da etwa Bern sein Polizeikorps um 300 Mitarbeitende aufstocken wolle und Zürich um 150.

Um besser zu verstehen, wie konkurrenzfähig der Kanton als Arbeitgeber ist, bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie schwer ist es derzeit, geeignetes Personal für Polizei und die Abteilungen der Staatsanwaltschaft gewinnen zu können?
- Wie hoch ist der effektive personelle Unterbestand bei der Kantonspolizei und bei der Staatsanwaltschaft (alle Abteilungen) derzeit?
- Weshalb besteht derzeit ein personeller Unterbestand und ist dieser ein temporäres Phänomen?
- Zu welchen Folgen führt dieser personelle Unterbestand für Angestellte und Bevölkerung?
- Welche Massnahmen sind zu ergreifen, um den personellen Unterbestand auszugleichen?
- Wie hoch ist das Lohnniveau (inkl. Vergütungen wie: Pikettentschädigungen, Gefahrenzulagen und Fringe Benefits wie Parkmöglichkeiten, Gratis ÖV-Ticket, Kantineessen, Ausbildungen etc.) der Polizistinnen und Polizisten in den Bereichen, in denen Unterbestand besteht und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Vergleich
 - (a) mit den Nachbarkantonen BL, AG und SO und
 - (b) mit den städtischen Kantonen ZH, GE, BE (nach Aufgabenfeld)?
- Würde eine Anpassung der Lohnsituation (inkl. vorgenannter Vergütungen) die Situation verbessern?

Michael Hug